
-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	1
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	12.01.1994

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	16.07.1998

3. Instanz

Datum	06.10.1999
-------	------------

Auf die Revision der KlÄgerin wird das Urteil des Landessozialgerichts Bremen vom 16. Juli 1998 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurÄckverwiesen.

GrÄnde:

I

Die Stadt Bremen begehrt als SozialhilfetrÄger von der beklagten Krankenkasse die Erstattung ihrer Aufwendungen fÄr die stationÄre Behandlung des an einer Niereninsuffizienz erkrankten Beigeladenen zu 1). Sie macht geltend, der Beigeladene zu 1) habe ab 1. Januar 1990 in einem BeschÄftigungsverhÄltnis als Kraftfahrer bei dem Beigeladenen zu 4) gestanden und sei infolgedessen im Zeitpunkt der Krankenhausaufnahme am 5. Januar 1990 bei der Beklagten gegen Krankheit versichert gewesen.

Das Sozialgericht hat die Klage abgewiesen, weil es sich bei der fraglichen BeschÄftigung um einen miÄglÄckten Arbeitsversuch gehandelt habe. Das dagegen angerufene Landessozialgericht (LSG) hat umfangreich Beweis erhoben. In

einer prozessleitenden Verurteilung vom 20. Oktober 1995 hat es eine vorläufige rechtliche Einschätzung dahin abgegeben, daß die umstrittene Tätigkeit des Beigeladenen zu 1) nach den Kriterien der Rechtsprechung wohl nicht als mißglückter Arbeitsversuch, sondern als versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis zu bewerten sei. Dieser Beurteilung hat die Beklagte widersprochen. Nach Abschluß der Ermittlungen haben die Beteiligten einer Entscheidung durch Urteil ohne mündliche Verhandlung gemäß [Â§ 124 Abs 2](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) zugestimmt. Das LSG hat die Berufung der Klägerin am 16. Juli 1998 durch Urteil ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, nach der neueren Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) (Urteil des 12. Senats vom 4. Dezember 1997 - [BSGE 81, 231 = SozR 3-2500 Â§ 5 Nr 37](#)) sei zwar die Rechtsfigur des mißglückten Arbeitsversuchs unter der Geltung des fünften Buches Sozialgesetzbuch nicht mehr anzuwenden. In Zweifelsfällen müsse aber geprüft werden, ob ein Beschäftigungsverhältnis tatsächlich begründet worden sei oder ob es lediglich habe vorgetäuscht werden sollen, um Leistungen der Krankenversicherung zu erlangen. Beim Beigeladenen zu 1) bestehe der begründete Verdacht auf Manipulationen zu Lasten der Krankenkasse, so daß der Nachweis der die Versicherungspflicht begründenden Tatsachen nicht als geführt gelten könne.

Mit der vom erkennenden Senat zugelassenen Revision rügt die Klägerin eine Verletzung ihres Anspruchs auf rechtliches Gehör. Die Zustimmung zur Entscheidung ohne mündliche Verhandlung sei zu einem Zeitpunkt abgegeben worden, als noch die alte Rechtsprechung zum mißglückten Arbeitsversuch gegolten habe. Das LSG habe seinem Urteil aber die inzwischen geänderte Rechtsauffassung des BSG gemäß dessen Urteil vom 4. Dezember 1997 zugrunde gelegt und nunmehr überraschend darauf abgestellt, daß der Verdacht der Manipulation zum Nachteil der Beklagten gegeben sei. Dieser Gesichtspunkt habe bis dahin im Verfahren keine Rolle gespielt. Wäre sie - die Klägerin - damit konfrontiert worden, hätte sie auf eine weitere mündliche Verhandlung nicht verzichtet, sondern zum Vorwurf der Manipulation Stellung genommen.

Die Klägerin beantragt,

die Urteile des Landessozialgerichts Bremen vom 16. Juli 1998 und des Sozialgerichts Bremen vom 12. Januar 1994 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr die vom 6. Januar 1990 bis 30. August 1991 für den Beigeladenen zu 1) verauslagten Sozialhilfeaufwendungen zu erstatten sowie den Erstattungsbetrag mit 4 vH zu verzinsen,

hilfsweise,

das Urteil des Landessozialgerichts Bremen vom 16. Juli 1998 aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurückzuverweisen.

Die Beklagte beantragt,

die Revision zur¹/₄ckzuweisen.

II

Die Revision der Kl¹/₄gerin ist im Sinne der Zur¹/₄ckverweisung begr¹/₄ndet ([Â§ 170 Abs 2 Satz 2 SGG](#)).

Das angefochtene Urteil kann keinen Bestand haben, weil es unter Versto¹/₄ gegen das Prinzip der m¹/₄ndlichen Verhandlung ([Â§ 124 Abs 1 SGG](#)) und unter Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Geh¹/₄r ([Â§ 62 SGG](#)) zustande gekommen ist. Da diese M¹/₄ngel in der Revisionsinstanz nicht geheilt werden k¹/₄nnen, ist dem Senat eine abschlie¹/₄ende Entscheidung in der Sache verwehrt.

Die Kl¹/₄gerin beanstandet mit Recht, da¹/₄ das LSG ¹/₄ber ihre Berufung ohne m¹/₄ndliche Verhandlung entschieden hat, obwohl im Zeitpunkt der Beschlussfassung ¹/₄ber das Urteil keine wirksame Einverst¹/₄ndniserkl¹/₄rung der Beteiligten (mehr) vorlag und deshalb die Voraussetzungen des [Â§ 124 Abs 2 SGG](#) nicht erf¹/₄llt waren. Die Erkl¹/₄rung, da¹/₄ auf eine m¹/₄ndliche Verhandlung verzichtet werde, steht regelm¹/₄ig unter dem Vorbehalt der im wesentlichen unver¹/₄nderten Sach-, Beweis- und Rechtslage; sie besagt, da¹/₄ der Beteiligte unter den gegenw¹/₄rtigen Verh¹/₄ltnissen und nach dem aktuellen Erkenntnisstand eine m¹/₄ndliche Verhandlung nicht f¹/₄r erforderlich h¹/₄lt, weil aus seiner Sicht der entscheidungserhebliche Sachverhalt gekl¹/₄rt ist und die notwendigen rechtlichen Argumente ausgetauscht sind (BSG [SozR 1500 Â§ 124 Nr 3](#) S 6; Bley in: SGB-SozVers-Gesamtkommentar, Stand: 1994, [Â§ 124 SGG](#) Anm 4c). ¹/₄ndert sich die Proze¹/₄lage wesentlich, so entzieht das dem bisherigen Verzicht die Grundlage; die Einverst¹/₄ndniserkl¹/₄rung ist dann verbraucht und mu¹/₄ neu eingeholt werden, wenn das Gericht weiterhin ohne m¹/₄ndliche Verhandlung entscheiden will.

Eine wesentliche ¹/₄nderung in dem vorgenannten Sinne hat die Rechtsprechung insbesondere bejaht, wenn durch sp¹/₄tere Ma¹/₄nahmen des Gerichts die Tatsachengrundlage der Entscheidung ver¹/₄ndert worden war, so etwa durch die Vernehmung von Zeugen ([BSGE 44, 292](#) = [SozR 1500 Â§ 124 Nr 2](#)), die Anh¹/₄rung von Beteiligten (BSG, Urteil vom 15. Dezember 1994 ¹/₄ [4 RA 34/94](#), SozSich 1995, 477), die Einholung von Beh¹/₄rdenausk¹/₄nften (BSG [SozR 1500 Â§ 124 Nr 3](#)) oder die Beiziehung von Akten (BVerwG [NJW 1969, 252](#) = D¹/₄V 1969, 254). Dasselbe wird f¹/₄r den Fall angenommen, da¹/₄ ein Schriftsatz des Rechtsmittelgegners mit erheblichem neuen Vorbringen oder neuen Beweismitteln oder Antr¹/₄gen eingereicht wird (Meyer-Ladewig, SGG, 6. Aufl 1998, [Â§ 124 RdNr 3d](#)). Aber auch bei einer ¹/₄nderung der vom Gericht als ma¹/₄geblich angesehenen Rechtslage, sei es durch Novellierung oder Streichung einschli¹/₄giger Vorschriften oder, wie im vorliegenden Fall, durch eine Neuorientierung der h¹/₄chstrichterlichen Rechtsprechung, d¹/₄rden die Beteiligten an der fr¹/₄her unter anderen Voraussetzungen erteilten Einverst¹/₄ndniserkl¹/₄rung nicht festgehalten werden, sondern m¹/₄ssen die M¹/₄glichkeit haben, ¹/₄ber den Verzicht auf eine m¹/₄ndliche Verhandlung erneut zu befinden. Der Verbrauch der bisherigen Erkl¹/₄rung tritt bei einer wesentlichen ¹/₄nderung der Proze¹/₄lage automatisch ein;

eines ausdrücklichen Widerrufs bedarf es nicht (Pawlak in: Hennig, Sozialgerichtsgesetz, Stand: 1998, Â§ 124 RdNr 43; Krasney/Udsching, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens, 2. Aufl 1997, VI. Kapitel RdNr 176; vgl auch BSG [SozR 1500 Â§ 124 Nr 3](#) S 6; BVerwG [NJW 1969, 252](#) = DÄV 1969, 254; BVerwG Buchholz 310 [Â§ 101 VwGO Nr 21](#) = DÄV 1996, 700). Die auf den Anwaltsprozeß zugeschnittene Regelung des [Â§ 128 Abs 2 Satz 1](#) Zivilprozeßordnung idF der Vereinfachungsnovelle vom 3. Dezember 1976 ([BGBl I 3281](#)), die für ihren Anwendungsbereich nach Wortlaut und Entstehungsgeschichte (vgl [BT-Drucks 7/2729 S 55](#)) einen ausdrücklichen Widerruf verlangt, findet im sozialgerichtlichen Verfahren keine Anwendung, da [Â§ 124 SGG](#) insoweit eine abschließende Regelung trifft (Meyer-Ladewig, SGG, 6. Aufl 1998, Â§ 124 RdNr 1 mwN).

Bei Berücksichtigung dieser Grundsätze lagen die Voraussetzungen für eine Entscheidung nach [Â§ 124 Abs 2 SGG](#) nicht vor. Nachdem sich die Rechtsprechung des BSG zum sogenannten mißglückten Arbeitsversuch durch das Urteil des 12. Senats vom 4. Dezember 1997 ([BSGE 81, 231](#) = [SozR 3-2500 Â§ 5 Nr 37](#)) grundlegend geändert hatte, durfte das LSG, das sich dieser geänderten Rechtsauffassung angeschlossen hat, nicht mehr auf die unter Geltung der früheren Rechtsprechung erteilte Verzichtserklärung zurückgreifen.

Durch sein Vorgehen hat das Berufungsgericht zugleich den Anspruch der Klägerin auf rechtliches Gehör verletzt, denn dieser schließt, soweit nicht in [Â§ 124 Abs 2 und 3 SGG](#) etwas anderes bestimmt ist, die Möglichkeit ein, sich im Rahmen einer mündlichen Verhandlung zur Sache zu äußern. Hier kommt hinzu, daß das LSG nicht auf die geänderte Rechtsprechung und die sich daraus für seine Entscheidung ergebenden Konsequenzen hingewiesen hat. [Â§ 62 SGG](#) verpflichtet das Gericht zwar nicht generell, seine Rechtsauffassung zu dem Prozeßstoff vorab mitzuteilen oder die einschlägige höchstrichterliche Rechtsprechung mit den Beteiligten zu erläutern. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs verbietet es jedoch, die Prozeßbeteiligten mit einer rechtlichen Beurteilung zu überraschen, mit der sie nach dem bisherigen Gang des Verfahrens nicht zu rechnen brauchten. Will das Gericht einer von der Vorinstanz und den Beteiligten übereinstimmend zugrunde gelegten Rechtsansicht nicht folgen oder an der von ihm selbst bisher geäußerten Rechtsansicht nicht mehr festhalten, so muß es darauf hinweisen und den Beteiligten Gelegenheit geben, sich damit auseinanderzusetzen sowie gegebenenfalls den Sachverhalt neu zu bewerten und den bisherigen Vortrag zu ergänzen. Vorliegend hatte sich der Streit bis zur Entscheidung des Berufungsgerichts darum gedreht, ob die Beschäftigung des Beigeladenen zu 1) als mißglückter Arbeitsversuch im Sinne der früheren Rechtsprechung des BSG zu bewerten und aus diesem Grunde eine Leistungspflicht der Beklagten zu verneinen sei. Auch das LSG hatte dies als die entscheidungserhebliche Frage angesehen und dazu in der prozeßleitenden Vernehmung vom 20. Oktober 1995 eine vorläufige Einschätzung abgegeben. Da es seine Rechtsauffassung im Hinblick auf die zwischenzeitliche Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung überdenken und möglicherweise revidieren werde, hat es den Beteiligten nicht mitgeteilt.

Auf den gerügten Verfahrensmängeln kann das angefochtene Urteil beruhen,

denn es ist nicht auszuschließen, daß die Entscheidung anders ausgefallen wäre, wenn die Klägerin Gelegenheit gehabt hätte, sich zu der veränderten Rechtslage zu äußern und gegebenenfalls weitere Beweisanträge zu stellen. Da sich das rechtliche Gehör im konkreten Fall (auch) auf die Feststellung und Bewertung von Tatsachen bezieht, kann es in der Revisionsinstanz nicht wirksam nachgeholt werden. Dies nötigt zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht, das abschließend auch über die Kosten des Revisionsverfahrens zu befinden haben wird.

Erstellt am: 19.08.2003

Zuletzt verändert am: 20.12.2024